

Willkommen im Haus des Bürgers.

Mit diesem Slogan bewirbt das Parlament am Kehrweg sein neues Gebäude, das ehemalige Sanatorium. Dies hört sich gut an. Gut hören sich auch die vielen Reden einiger Politiker aus diesem Hause an, wenn sie über die Maßnahmen sprechen, mit denen sie die Politikverdrossenheit vieler Bürger entgegen wirken wollen. Doch wie wir alle wissen, ist nicht bedeutend was Politiker sagen, sondern das was sie tun. Auch unser Ministerpräsident hat dies vor kurzem in seiner Regierungserklärung erläutert. An ihren Taten wolle sich die Regierung der DG messen lassen, sagte er. Schauen wir uns einige Taten an. Obwohl Europaweit hunderttausende Bürger gegen TTIP und CETA auf die Straße gehen. Obwohl über 3,2 Millionen EU-Bürger eine Petition gegen TTIP unterschrieben haben und obwohl zig Experten vieler Organisationen vor den negativen Folgen beider Freihandelsabkommen warnen, fehlt dem Ministerpräsidenten der Mut, klar NEIN zu diesen Verträgen zu sagen und dem belgischen Außenminister seine Vollmacht zur Unterzeichnung zu verweigern. Nein, er will den Bürger der DG glauben machen, dass er Einfluss auf die Verhandlungen hätte und nur einer nachgebesserten Version zustimmen würde. Dabei ist allen klar, dass die vorgenommen und noch zu erwartenden Änderungen eher kosmetischer Natur sind und im Wesentlichen nichts ändern. Am letzten Montag, als es im PDG um das CETA Abkommen ging, kamen rund 40 Bürger aus ganz Belgien um ihre Ablehnung zu demonstrieren. Sollte das nicht alle Politiker freuen, zeugt es doch von politischem Interesse. Und wie heißt es so schön: „Willkommen im Haus des Bürgers.“ Wie willkommen sich Bürger fühlen, die zum PDG kommen, um ihre Meinung, ihren Unmut kund zu tu, können wir nur vermuten. Befremdlich ist jedoch, dass inzwischen immer auch ein Polizeiaufgebot mit zum Empfangskomitee gehört. Seit Bürger im PDG gegen die Schließung der Sozialeinrichtung OIKOS demonstriert haben, ist die Polizei hier häufiger anzutreffen. Hätte die Polizei nichts Nützlicheres zu tun? Und ob, zum Beispiel für Sauberkeit und Ordnung am Bütgenbacher See zu sorgen. Doch dafür habe die Polizei keine Zeit bzw. keine Mittel. Ja, wenn sie regelmäßig hier und anderswo für solche lächerlichen Aktionen beansprucht wird, ist dies nicht verwunderlich. Die Politiker müssen sicher nicht vor den Bürgern geschützt werden. Wenn überhaupt etwas geschützt werden sollte, dann die Bürger vor diesen politischen Machenschaften.

Alain Mertes

www.vivant-ostbelgien.org